



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
DER PARTEIVORSTAND

SPD-Parteivorstand, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin

WPS 614
IPPNW
Offener Brief /
Urteil des BVerfG zu Weiterbetrieb von Atomkraftwerken oder
Entschädigungszahlungen

Berlin, 11. September 2017

Frage a)

Hat Ihre Partei vor, nach der Bundestagswahl Laufzeitverlängerungen für einzelne Atomkraftwerke zu vereinbaren und wenn ja, für welche?

Antwort:

Nein. Eine Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke ist für die SPD indiskutabel. Die Nutzung der Atomenergie ist unverantwortlich und menschenfeindlich. Die Schäden sind irreparabel, sie können nicht wieder gut gemacht oder mit Geld ausgeglichen werden. 2022 wird das letzte deutsche Atomkraftwerk abgeschaltet. Dafür hat die SPD lange gekämpft. Mit dem hinterlassenen Atommüll müssen wir gesamtgesellschaftlich verantwortungsvoll umgehen. Das gilt nicht zuletzt für die Konzerne, die mit Atomkraftwerken jahrzehntelang viel Geld verdient haben.

Frage b)

Beabsichtigt Ihre Partei finanzielle Ausgleichszahlungen für die Atomkonzerne und wenn ja, lediglich im „erforderlichen Maß“ oder dem „vollen Wertersatz“ entsprechend?

Antwort:

Die schwarz-gelbe Regierung hat mit ihrem Zick-Zack-Kurs beim Atomausstieg hohe und unnötige Kosten verursacht. Allein durch den Wegfall der Brennelementesteuer ist dem Staat ein Schaden von sieben Milliarden Euro entstanden. Wir werden alle Möglichkeiten ausschöpfen, um weitere Folgekosten dieses chaotischen Ausstiegs für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahlen so gering wie möglich zu halten. Es ist höchste Zeit, die jahrzehntelange Auseinandersetzung um die Atomkraft gesellschaftlich, rechtlich und finanziell ein für alle Mal zu beenden.